

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 1520-12



Inhalt

Ingrid Matthäus-Maier MdB zum Herbstgutachten der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute: Finanzpolitik sofort korrigieren!

Seite 1

Siegrun Klemmer MdB zur Lieferung von Brennstäben aus dem Atomkraftwerk Greifswald in die Tschechoslowakei: Tschernobyl mal 100.

Seite 2

Dick Jarré zur Bedeutung des Vereinswesens im zusammenwachsenden Europa: Auch eine Herausforderung für Sozialdemokraten.

Seite 3

Dr. Albert Schmid MdL zur Bildungspolitik im Freistaat Bayern: Orientierung an der Vergangenheit.

Seite 5

47. Jahrgang / 207

27. Oktober 1992

Finanzpolitik sofort korrigieren!

Zum Herbstgutachten der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute

Von Ingrid Matthäus-Maier MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Mit ihrer harten Kritik an der Finanzpolitik ziehen die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten der Bundesregierung ihren finanzpolitischen Nebelschleier weg. Es ist ein schwerer Vorwurf, daß die Forschungsinstitute eine mittelfristige Orientierung der Finanzpolitik vermissen und finanzpolitische Konzepte fordern, die sich auch auf mittlere Sicht als tragfähig erweisen. Sei fordern eine Neuorientierung, da sonst Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit der Politik zunehmend gefährdet werden:

- Die Wirtschaftsforschungsinstitute widerlegen den Bundesfinanzminister, der seit der deutschen Einheit jeweils für das kommende Jahr eine Verringerung des öffentlichen Defizits angekündigt hat. Die Forschungsinstitute weisen dagegen für die Jahre 1991 bis 1993 Jahr für Jahr einen Anstieg des öffentlichen Defizits nach.
- Bei dem eingeschlagenen finanzpolitischen Kurs der Bundesregierung erwarten die Forschungsinstitute auch auf mittlerer Sicht kaum einen nachhaltigen Abbau der Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten.

Sie weisen auf der Ausgabenseite hin auf Risiken durch steigende Zinszahlungen aufgrund der Staatsverschuldung, auf Risiken in den verschiedenen Nebenhaushalten wie zum Beispiel Treuhandanstalt und Kreditabwicklungsfonds, auf die noch offene Finanzierung der Bahnreform, auf die noch ausstehenden Ausgleichs- und Entschädigungsregelungen für in der DDR Enteigneten, auf die Altlasten im Umweltbereich der neuen Bundesländer, auf die Inanspruchnahme der Exportbürgschaften des Staates sowie auf den steigenden Finanzbedarf der Europäischen Gemeinschaft insbesondere für Agrar- und Strukturpolitik.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Umweltfreundlicher
mit 100% recyceltem
Recycling-Papier



Auf der Einnahmenseite sehen die Forschungsinstitute ein Risiko bei den Steuereinnahmen, da nicht gesichert sei, daß die Wirtschaft schon bald wieder auf den von der Finanzpolitik unterstellten Wachstumspfad einschwenke. Aus der Schätzung des Bruttosozialprodukts für 1993, die bei den Wirtschaftsforschungsinstituten um 47,5 Milliarden DM unter der Schätzung der Bundesregierung für die letzte Steuerschätzung liegt (3.179,5 Milliarden DM statt 3.227 Milliarden DM) errechnen sich Steuermindereinnahmen im nächsten Jahr in zweistelliger Milliardenhöhe.

- Die Institute weisen darauf hin, daß seit 1990 die Steuer- und Abgabenquote um 3 1/2 Prozentpunkte auf 44 Prozent gestiegen ist. Dieser Anstieg bedeutet eine Erhöhung der Steuer- und Abgabebelastung der Bürger um mehr als 100 Milliarden DM jährlich. Besonders kritisieren die Forschungsinstitute, daß das Defizit nach einem starken Anstieg der Staatsquote und der staatlichen Verschuldung zunimmt, und dies vor allem wegen der kräftigen Erhöhung konsumtiver Ausgaben. Bei dieser Erhöhung liege der Kern der finanziellen Problematik.

Eine Finanzpolitik, die sich zu Recht so massive Vorwürfe gefallen lassen muß, hat abgewirtschaftet. Das Gutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute belegt, daß eine Neuorientierung der Finanzpolitik hin zu einer sparsamen und soliden Staatsfinanzierung keinen Tag länger aufgeschoben werden darf. Jeder Tag des Zögerns macht die finanzpolitische Hypothek für unsere Zukunft noch schwerer. Wenn sich die Parteitagebeschlüsse der CDU nicht schnell als reine Lippenbekenntnisse erweisen sollen, müssen die Mahnungen der Forschungsinstitute bereits im Bundeshaushalt 1993 zur notwendigen Kurskorrektur führen.

(-/27. Oktober 1992/rs/ks)

Tschernobyl mal 100

Zur Lieferung von Brennstäben aus dem Atomkraftwerk Greifswald in die Tschechoslowakei

Von Siegrun Kiemmer MdB

Mitglied im Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages

Eine im Vergleich zu modernen Kernkraftwerken um den Faktor 100 höhere Wahrscheinlichkeit für schwerste Unfälle, ähnlich dem Unfall in Tschernobyl - diesen Unsicherheitsgrad bescheinigte eine österreichische Expertenkommission dem slowakischen Atomreaktor von Bohunice. Dennoch wurden nun 120 Brennelemente aus Greifswald dorthin geliefert. Greifswald, der ostdeutsche Atomreaktor, der nie ans Netz gehen durfte, weil auch die Bundesregierung seinen "katastrophalen Sicherheitszustand nicht verantworten" wollte - dennoch wird jetzt mit den Brennstäben von dort in Bohunice ein Reaktor in Betrieb gehalten, der denselben "katastrophalen Sicherheitszustand" aufweist und nicht auf westliches Sicherheitsniveau nachgerüstet werden kann.

Bundesumweltminister Töpfer spricht im Zusammenhang mit osteuropäischen Reaktoren gern von "sofort abschalten" - gleichzeitig garantiert er mit Lieferungen von Ersatzteilen, know-how und Brennelementen ihren Weiterbetrieb. Der Minister stuft Atomenergie als "Übergangsenergie" ein - gleichzeitig setzt er alle Hebel in Bewegung, um der deutschen Nuklearindustrie eine Renaissance im Osten zu ermöglichen. Der wendige Umweltminister protestiert gegen einen Vertrag Österreichs mit der Ukraine, in dem auf der Basis von Energielieferungen die ukrainischen Atomreaktoren, einschließlich dem Unglücksreaktor in Tschernobyl, praktisch zum Weiterbetrieb verdammt werden - gleichzeitig wird mit deutschen Geldern ein

ebenfalls katastrophal unsicherer Reaktor im slowakischen Mochovce fertiggestellt, wofür im Gegenzug ebenfalls Energie geliefert werden soll.

Sicher, die frischen Brennstäbe in Greifswald sind nunmal da, aber besser, man stellt sich jetzt dem Problem ihrer Entsorgung, als daß sie die osteuropäischen atomaren Zeitbomben unter Feuer halten, um schließlich doch genauso entsorgt werden zu müssen. 400 Brennstäbe liegen jetzt noch in Greifswald - die SPD fordert ihre sofortige Endlagerung, keine neuen Lieferverträge mehr irgendwohin!

(-/27. Oktober 1992/rs/ks)

Auch eine Herausforderung für Sozialdemokraten
Zur Bedeutung des Vereinswesens im zusammenwachsenden Europa

Von Dick Jarré
Präsident des Europäischen Aktionskomitees freier Verbände (CEDAG)

In den zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft gibt es etwa vier bis fünf Millionen Vereine und Verbände auf den unterschiedlichen Ebenen, auf der lokalen, der regionalen, der nationalen und nun verstärkt auf der europäischen Ebene. Etwa 50 bis 60 Prozent der erwachsenen Bevölkerung in diesen Ländern sind Mitglied in mindestens einem Verein, was insgesamt weit über 100 Millionen Mitglieder ausmacht.

Frei-gemeinnützige, nicht-gewinnorientierte Vereine und Verbände waren und sind eines der tragenden Elemente der europäischen demokratischen Gesellschaften und ihrer politischen Kultur. Sie sind nicht nur Ausdruck wesentlicher demokratischer Grundrechte des Bürgers, wie etwa dem der Versammlungsfreiheit und dem der freien Meinungsäußerung, sondern sie stehen auch für wichtige generelle Prinzipien der modernen Demokratie, nämlich der Notwendigkeit der intensiven Beteiligung des Bürgers an öffentlichen Belangen der Dezentralisierung von Entscheidungs- und Exekutivstrukturen, dem Prinzip der Subsidiarität, dem Pluralismus und den damit verbundenen Wahlmöglichkeiten des Bürgers, et cetera.

Vereine und Verbände nehmen im wesentlichen vier Hauptfunktionen in der Gesellschaft wahr.

1. Die Dienstleistungsfunktion

In vielen Fällen werden Dienste von Vereinen und Verbänden erbracht, weniger aufgrund der mangelnden Leistungsbereitschaft der öffentlichen Träger als vielmehr als Ausdruck der absichtsvollen Anwendung des Subsidiaritätsprinzipes. Ein Prinzip, nach dem sich der Staat als komplexere und übergeordnete Struktur aus dem heraushalten soll, was durch den Bürger und die von ihm unmittelbar geschaffenen und geführten Organisatoren in größere Nähe zu ihm kompetent geleistet werden kann. Dabei können sich durchaus öffentliche und private Dienste ergänzen, sogar miteinander konkurrieren, und die öffentliche Hand mag die privaten Organisatoren materiell unterstützen oder sogar voll finanzieren.

Zweifelloos besteht in unserer pluralistisch konzipierten Gesellschaft ein gewisses grundsätzliches Recht des Einzelnen auf Wahlmöglichkeit auch der Inanspruchnahme von Diensten. Die Verschiedenheit der Vereine und Verbände und die differenzierte Natur ihrer Dienste ist somit ein wichtiger Faktor bei der Gewährleistung von Wahlmöglichkeiten und kann gleichzeitig einen positiven Wettbewerb zwischen den Anbietern zum Nutzen des Klienten fördern.

2. Die Funktion als Vorkämpfer und Innovator

Da Vereine und Verbände, insbesondere neue alternative Gruppierungen, haben immer wieder die Einstellung gegenüber Strukturen und Verhaltensweisen nachhaltig beeinflusst und überkommene Haltungen verändert.

Da Vereine und Verbände im Vergleich zu Regierungsorganisationen kaum an starre bürokratische Strukturen und Regeln gebunden sind, können sie auf neue Probleme und Bedürfnisse in der Gesellschaft sehr viel flexibler und phantasievoller reagieren und gänzlich neue Antworten finden.

3. Die Funktion der Interessenvertretung

Auf der einen Seite mögen sie sich für die besonderen Interessen oder den Schutz einer bestimmten sozialen, ökonomischen, beruflichen oder sonstigen Gruppe einsetzen. Zum anderen mögen sie gegen spezifische Verhaltensweisen oder Einstellungen vorgehen, wie zum Beispiel Ausländerfeindlichkeit, Benachteiligung von Frauen, Diskriminierung von Behinderten, et cetera.

4. Die Funktion der "Schule der Demokratie"

Unter die wertesetzende Funktion der Vereine und Verbände fällt die "erzieherische" Rolle. In den Vereinen und Verbänden lernen und praktizieren Menschen verschiedensten Alters, unterschiedlicher Herkunft und Orientierung, Solidarität und Verantwortungsbewußtsein in überschaubaren Bezügen. Ferner sind sie gewissermaßen Bindeglied und Mittler zwischen dem Individuum und den großen, anonymen und fernen Institutionen des öffentlichen Bereichs.

In allen demokratischen Staaten Europas haben Vereine und Verbände ihren festen und unbestrittenen Platz. In unterschiedlichen juristischen Ausformungen ist ihnen ein spezifischer Rechtsstatus gemeinsam, sie gelten generell als besonders förderungswürdig und können häufig sogar substantielle fiskalische Vorteile in Anspruch nehmen.

Auf der europäischen Ebene hingegen ist die zukünftige Realität von Vereinen und Verbänden noch weitgehend offen und bleibt noch zu gestalten.

In diesem politischen Prozeß möchte das "Comité Européen des Associations d'Interet General" CEDAG, ein Zusammenschluß von großen gemeinnützigen Vereinen und Verbänden, mit den Vertretern der verschiedenen Zweigen der Sozialwirtschaft und den Mitgliedern des Europäischen Parlaments in den Dialog treten.

Das CEDAG fordert:

- o Daß das Recht, sich freiwillig in Vereinen und in Verbänden zusammenzuschließen, formal als Grundrecht in der Europäischen Gemeinschaft festgeschrieben wird.
- o Daß die Rolle der Vereine und Verbände in der Entwicklung der europäischen Gesellschaft und ihr unverzichtbarer Beitrag zur sozio-ökonomischen Kohäsion durch ihre Aktivitäten insbesondere in den Bereichen Gesundheit, soziale Dienste, Bildung und Ausbildung, Kultur, Konsumentenschutz, Umweltbewußtsein, unter anderem volle politische Anerkennung durch die Gemeinschaftsorgane der EG findet.
- o Daß durch die Europäische Gemeinschaft die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit sich Vereine und Verbände den sich globalisierenden Problemen in Europa auch in europäischer Dimension stellen können, das heißt eine rechtzeitige Inkraftsetzung eines angemessenen europäischen Vereinsstatutes.
- o Daß Vereine und Verbände für ihre Leistungen im Sinne des Gemeinwohls nicht penalisiert sondern adäquat honoriert werden, durch angemessene fiskalische Maßnahmen und durch Dienstleistungsabgeltung. Dies heißt, daß öffentliche Finanzzuwendungen nicht mehr als Subventionen betrachtet werden, sondern als Honorierung einer durch die Vereine und Verbände erbrachten und im öffentlichen Interesse stehenden Dienstleistung auf Vertragsbasis - wie das dann auch im immer im Einzelnen aussehen mag.
- o Daß sämtliche Diskriminierungsmechanismen im Gemeinschaftsrecht gegenüber Vereinen und Verbänden und ihren wirtschaftlichen Aktivitäten aufgespürt und entfernt werden. Chancengleichheit für Vereine und Verbände heißt in diesem Kontext im übrigen nicht eine Assimilierung oder Banalisierung ihrer Wirtschaftsaktivitäten, sondern daß ihrer spezifischen Identität und der Tatsache, daß Gewinne nicht Ziel ihrer Unternehmen sind, voll Rechnung

getragen wird. Sie sind nun einmal keine Kapitalgesellschaften und das muß voll berücksichtigt werden.

- o Daß angemessene Mechanismen verhandelt und in die Praxis umgesetzt werden, um offizielle und permanente Konsultation und Konzertation zwischen Vereinen und Verbänden einerseits und den Organen der Europäischen Gemeinschaft andererseits sicherzustellen, damit Belange des europäischen Bürgers auch über diese Schiene Ausdruck und Berücksichtigung finden können und die Expertise der Vereine und Verbände in quasi allen menschlichen Existenzbereichen in die politischen Entscheidungsprozesse einfließen können.
- o Daß die Befassung mit Grundsätzen der Zivilgesellschaft und mit Fragen des Vereins und Verbandswesens in Europa, ihren Zielen und ihrer sozio-ökonomischen Bedeutung, genauso Gegenstand von Schulcurricula wird wie die europäische Integration.
- o Daß ein angemessen dotierter europäischer Fonds (EG-Sonderprogramm) zur Förderung frei-gemeinnütziger Vereine und Verbände eingerichtet wird, wie es schon vor vielen Jahren von Mitgliedern des Europaparlaments gefordert wurde. Mit diesem Instrument sollen verbandliche Strukturen gestärkt, die europäische Kooperation gefördert, neue gemeinnützige Initiativen unterstützt und Bürgerengagement stimuliert werden. Außerdem sollen Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen von insbesondere ehrenamtlichen Mitarbeitern von Vereinen und Verbänden gefördert werden.

(-/27. Oktober 1992/rs/ks)

Orientierung an der Vergangenheit Zur Bildungspolitik im Freistaat Bayern

Von Dr. Albert Schmid MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Wer vom Bildungskongreß der CSU am vergangenen Wochenende Richtungsweisendes für die Zukunft erwartet hat, wird jetzt enttäuscht sein. Die Reden von CSU-Chef Waigel und Kultusminister Zehetmair machten deutlich, daß bayerische Bildungspolitik rückwärts orientiert ist. Die CSU holt sich ihre Bildungsideale aus der Vergangenheit, statt sich den Aufgaben und Problemen der Zukunft zu stellen. So fand das obligate Bekenntnis zur Dreigliedrigkeit des Schulsystems (Zehetmair) ebenso statt wie das oft gehörte Lippenbekenntnis zum Erhalt des Stellenwerts der Hauptschule (Waigel). Während alle Industrienationen bemüht sind, die Zahl ihrer Absolventen mit Hochschulzugang beträchtlich zu erhöhen, warnt Waigel vor einer zu starken Akademisierung des Bildungswesens.

Noch fragwürdiger ist das, was Minister Zehetmair als Heilmittel für die Probleme der Hochschule anpreist. Strukturprobleme, Mangel an Lehrpersonal und fehlende Studienvoraussetzungen gibt es an den Hochschulen für ihn offensichtlich nicht. Schuld an den langen Studienzeiten sind nicht objektive Gegebenheiten. Für den Minister liegt es offenbar allein an der Faulheit der Studierenden und - so seine neueste Erkenntnis - auch der Professoren. Als "Heilmittel" fallen ihm Studiengebühren bei längerer Überschreitung der Regelstudienzeiten ein - eine Maßnahme, die die ohnehin überforderten Hochschulverwaltungen vor zusätzliche Belastungen stellt. Weiter sollen die Mittel, die an die Hochschulen fließen, nicht an den Studentenzahlen, sondern an der Zahl der Absolventen innerhalb der Regelstudienzeit gemessen werden. Die Folgen sind: bestehende Strukturprobleme werden verstärkt, die Studienvoraussetzungen verschlechtern sich. Damit werden die Probleme der Hochschulen wachsen und die Studienzeiten sich weiter verlängern.

Eine zukunftsgerichtete Bildungspolitik muß anders aussehen. Sie erfordert zunächst einmal eine vorurteilsfreie Analyse der Bildungslandschaft und der sich abzeichnenden Zukunftsentwicklungen. Eine solche Analyse zeigt: Das Problem sind nicht zuviel Abiturienten und Studenten. Sie werden bei dem sich abzeichnenden weiteren Anstieg des Dienstleistungssektors in der Wirtschaft gebraucht werden. Hier muß vielmehr überlegt werden, wie eine dem Bedarf angemessene Wahl der Studienfächer erreicht und wie die Hochschulausbildung dem späteren Berufsbild besser angepaßt werden kann - etwa durch einen früheren berufsqualifizierenden Abschluß. Auch muß nachgedacht werden, welche Möglichkeiten zusammen mit der Wirtschaft eröffnet werden können, um für Abiturienten Berufsausbildungen mit Zukunftsaussicht zu schaffen, die kein Hochschulstudium erfordern.

Das eigentliche Problem ist die große Zahl von Jugendlichen ohne Berufsausbildung, denn für sie wird der Raum im Wirtschaftsleben immer enger. Ihre Arbeitsplätze sind häufig gefährdet, und für sie wird der Wiedereinstieg - wenn sie einmal den Arbeitsplatz verlieren - immer schwieriger. Ziel einer Bildungspolitik im Interesse aller Jugendlichen muß deshalb sein, möglichst vielen - am besten wäre allen - zu einer Berufsausbildung zu verhelfen. Das aber heißt: Fördermaßnahmen müssen ein Schwerpunkt des Bildungswesens sein. Unser jetziges bayerisches Bildungswesen ist jedoch zu stark an Auslese Kriterien orientiert. Was wir brauchen, ist die bestmögliche Förderung aller, nicht die Auslese der Leistungsstarken. Förderung muß dem Hochbegabten ebenso zugute kommen wie dem Leistungsschwachen.

Das bayerische Bildungswesen muß der beruflichen Bildung mehr Aufmerksamkeit widmen. Bisher wurde insbesondere die Berufsschule vernachlässigt. Der Kultusminister hat sich mit den Schwierigkeiten, hier ausreichend Lehrpersonal zu gewinnen, offensichtlich weitgehend abgefunden. Außerdem braucht berufliche Bildung, die zunehmend höhere Ansprüche auch im theoretischen Bereich stellt, mehr Zeit für die Vermittlung von Wissen und Kenntnissen. Den in der Regel leistungsgewohnten Berufsschülern einen Neun-Stunden-Berufsschultag zuzumuten, den niemand für einen gleichaltrigen Gymnasiasten als angemessen ansehen würde, bedeutet Verweigerung der Förderung. Daher muß der zweitägige Berufsschulunterricht mit einer angemessenen Verteilung der Schulstunden für alle eingeführt werden.

Ein Hindernis für das Ziel, in unserem Schulwesen die bestmögliche Förderung für alle zu erreichen, sehe ich auch in der übergroßen Regelungsdichte im Bildungswesen. Es muß doch nicht jede Schule von Hof bis Berchtesgaden gleich aussehen. Auch muß nicht überall dieselbe Struktur der Schularten gegeben sein. Eine Regionalisierung, die auf die örtlichen Gegebenheiten und die Bildungsansprüche der Bevölkerung Rücksicht nimmt, ebenso wie eine größere pädagogische Eigenverantwortung der einzelnen Schule würden die Förderbedingungen wesentlich verbessern. Am Beispiel der Hauptschule wird die Notwendigkeit der Regionalisierung besonders deutlich. Während es Landesteile gibt, in denen die Hauptschule selbstverständlich dem ursprünglich an sie gerichteten Ansprüchen gerecht werden kann, gibt es andere Bereiche, wo auch größtes Engagement und Können der Lehrkräfte dieses Ziel nicht mehr erreichen können.

Dies alles kostet Geld, viel Geld sogar. Aber dieses Geld muß aufgebracht werden. Sparen um jeden Preis darf es im Bildungswesen nicht geben, denn der Preis wären die Zukunftsaussichten unserer Kinder und Jugendlichen. Wir müssen deshalb alle Anstrengungen unternehmen, um auch in Zeiten knapper Haushaltsmittel die im Bildungswesen notwendigen Investitionen - und dies heißt auch: das erforderliche Personal - zu finanzieren. Wir Sozialdemokraten werden uns dafür einsetzen.

(-/27. Oktober 1992/rs/ks)
